

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG
(INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 14. Dezember 1951

Nummer 50

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Anhaltende Belebung der Wirtschaftstätigkeit

*Konjunkturdiagnose des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
Mitte Dezember 1951¹⁾*

Die Belebung in der Wirtschaft der Bundesrepublik, die im September wieder begonnen hat, setzt sich stetig fort. Sie hat sich in der letzten Zeit erheblich verbreitert. Die industrielle Produktion ist von September auf Oktober um weitere zwei Punkte gewachsen; sie dürfte sich auch im November weiter erhöht haben. Der Auftrags- ein- gang hat erneut zugenommen und ist seit Oktober auch eindeutig wieder bei den Investitions- güterindustrien gestiegen. Im Einzelhandel, wo die Zurückhaltung anfänglich hartnäckiger war, ist die Belebung seit Oktober nun ebenfalls deutlich geworden. Schließlich geht die Preis- bewegung wieder klar und fast allgemein etwas nach oben. Der milde Aufschwung, der ab September von der sich wieder nach oben wen- denden Bewegung des Lagerzyklus in der Ver- brauchsgüterwirtschaft ausgegangen war und in dem die Eindeckungspolitik des Handels die fäl- lige Wiedererhöhung der Nachfrage der letzten Käufer nur vorweggenommen hatte, hat nun also die ganze Wirtschaft Westdeutschlands erfaßt. Er dürfte sich — unbeschadet der üblichen Saison- abschwächung um die Jahreswende — zunächst weiter fortsetzen.

Belebung ohne inflatorischen Charakter

Diese neue Konjunkturbelebung in West- deutschland weist sehr viel weniger Merkmale einer inflatorischen Gefährdung oder sonstige Gefahrenherde auf als die jüngere Konjunktur- entwicklung in anderen führenden westeuropä- ischen Ländern, die vielfach durch offene und latente Inflationssorgen gekennzeichnet ist. Ex- pansive Impulse von seiten der öffentlichen Finanzgebarung sowie geldpolitisch schwer zu kontrollierende Expansionswirkungen von Aus- fuhrüberschüssen fehlten im Rahmen der in Gang gekommenen Überwindung der Stagnation vom Sommer ganz. Die Belebung der allgemeinen wirtschaftlichen Tätigkeit setzte im Gegenteil ge-
rade dann ein, als die Kassendefizite des Bundes sich in Überschüsse verwandelt hatten, also von seiten der öffentlichen Kassengebarung eine ge- samtwirtschaftlich bremsende, auf keinen Fall eine anregende Wirkung ausging. Ebenso waren die hohen Exportüberschüsse der Sommermonate bei Beginn des Aufschwungs zunächst durch einen beträchtlichen Einfuhrüberschuß im September abgelöst worden. Dem Aufschwung fehlt also diesmal der expansive Charakter. Zwischen den drei wichtigsten Stützen der Konjunktur, dem privaten Verbrauch, der öffentlichen Finanz- gebarung und dem Außenhandel, hat sich ledig- lich eine Umschichtung vollzogen: Mit Beginn des Aufschwungs sind an die Stelle der Kassendefizite und Ausfuhrüberschüsse als Konjunkturstütze wieder der steigende private Verbrauch, der zur primären konjunkturellen Auftriebskraft wurde, und die vorwegnehmenden Dispositionen des Handels getreten. Die gegenläufige Veränderung der vorgenannten drei Faktoren und die dadurch ermöglichte Vermeidung unerwünschter und ge- fährlich werdender Impulse ist keineswegs zu- fällig, sondern die Veränderung aller drei Fak- toren ist nur eine Reaktion auf vorangegangene Entwicklungen, die in sich bereits den Keim zur Umkehr trugen; lediglich das zeitliche Zusammen- treffen dieser gegenläufigen Richtungsänderung kann als „zufällig“ betrachtet werden.

Mehr als Saisonbelebung

Bei der festen, jedoch keine Hausse-Elemente aufweisenden Grundtendenz des jetzigen Auf- schwungs ist die Frage nach dem Ursprung der Antriebskräfte nicht allein mit dem Hinweis auf saisonale Kräfte zu beantworten. Es handelt sich hauptsächlich um konjunkturelle Kräfte, die bei einem — auch in der Stagnation der Sommer- monate — ständig steigenden Gesamteinkommen

¹⁾ Der Erstabdruck dieses Berichtes erfolgte im „Tagesspiegel“ vom 13. 12. 1951.

der westdeutschen Wirtschaft notwendigerweise früher oder später zum Zuge kommen mußten, sobald die Spanne zwischen Einkommenszuwachs und zurückbleibendem Verbrauchszuwachs groß genug geworden war. Das westdeutsche Gesamteinkommen, das auch im dritten Vierteljahr dieses Jahres weiter gewachsen ist, hat mit Beginn des laufenden vierten Vierteljahres offensichtlich ein Niveau erreicht, das diese Spannung zwischen verfügbarem Einkommen und Verbrauch zwangsläufig zur Auflösung drängt. Dem widerspricht nicht, daß die Zunahme der Nachfrage der privaten Endverbraucher nicht von einer fallenden, sondern noch immer von einer ebenfalls steigenden Sparrate der Einzelhaushalte begleitet ist. Der Gesamtspareinlagenzuwachs betrug im Oktober wieder etwa 90 bis 100 Mill. DM und erreichte damit fast den Normalstand der letzten Monate vor der Korea-Krise. Vor allem scheint diese Entwicklung auf Kosten der Kassenhaltung gegangen zu sein. Die bereits im Oktober eingetretene Verringerung des Bargeldumlaufes deutet jedenfalls darauf hin, daß der im Frühjahr und Sommer eingeleitete Prozeß einer erhöhten Kassenhaltung auch im Bereich der privaten Haushalte abgeschlossen ist.

Die beträchtliche Erhöhung der Einzelhandelsumsätze, die bereits im Oktober um 16 vH über den Septemberumsätzen lagen, zeigt, daß tatsächlich der private Haushalt als Endverbraucher wieder zur entscheidenden Stütze der konjunkturellen Aufwärtsbewegung geworden ist. Die an die Industrie erteilten Aufträge an Verbrauchsgütern waren allein im September um fast ein Drittel gegenüber dem August gestiegen; nach diesem am Anfang der Belebung begreiflicherweise beinahe sprunghaften Anstieg ist die weitere Steigerung um 11 vH im Oktober ein Zeichen stetiger Aufwärtsentwicklung. In der Investitionsgüterindustrie ist demgegenüber die Zunahme der Auftragserteilung zunächst erheblich schwächer gewesen, hat sich aber im Oktober (mit + 7 vH) ebenfalls intensiviert. Als konjunkturelles Symptom ist diese Zunahme von besonderer Bedeutung, weil sie die Verbreiterung des Aufschwungs anzeigt.

Unsicherer Ausblick

Obwohl der Fortgang der leichten Belebung für die unmittelbare Zukunft als weitgehend gesichert angesehen werden kann, da die tragenden Kräfte weiterhin wirksam sein dürften, ist

der Ausblick auf den Beginn des neuen Jahres doch verhältnismäßig unsicher. Sowohl Momente einer möglichen neuen Übersteigerung wie einer plötzlichen Abschwächung sind latent gegeben. Die Kräfte, die die Zwischenbelebung des „Lagerzyklus“ auslösten, sind vermutlich noch nicht am Höhepunkt ihrer Wirksamkeit; vor allem führt diese neue Zwischenbelebung über steigende Beschäftigung und Gewinne dem gesamten Wirtschaftsprozess wieder neue Kaufkraft zu, die sich in Konsumgüternachfrage umsetzt. Ferner bildet der große Fonds liquider Mittel der Wirtschaft, der im Frühjahr und Sommer dieses Jahres aufgebaut wurde, weiterhin eine Quelle der Finanzierung möglicher neuer Nachfragestöße. Die tatsächliche weitere Entwicklung hängt unter diesen Umständen vor allem von den Entscheidungen über Höhe und Tempo der für die Verteidigung aufzubringenden Leistungen ab und damit von der weltpolitischen Lage. Hier fallen auch praktisch die wesentlichen Entscheidungen darüber, ob und in welchem Umfange die Finanzgebarung der öffentlichen Hand wieder ins Defizit gerät und durch ihre Ausgabenüberschüsse die Konjunktur expansiv beeinflusst. Die nach wie vor anhaltende große Anfälligkeit für inflatorische Entwicklungen ist bei alledem unverkennbar. Umgekehrt könnten aber auch politische Entwicklungen, die eine Mäßigung der internationalen Rüstungsaufwendungen bewirken sollten, verhältnismäßig starke und rasch wirkende nach abwärts drängende Kräfte auslösen.

Im Hinblick auf die große Wahrscheinlichkeit wachsender Rüstungsbelastungen und der in ihnen liegenden inflatorischen Gefahren wäre eine Beschleunigung des Ausbaus der Engpaß-Grundproduktionen nach wie vor vordringlich. Dies gilt auf alle Fälle im Hinblick auf die Notwendigkeit der Stützung der Exportkraft.

Im ganzen spricht zur Zeit alles für eine langsame Fortsetzung der Belebung bei allmählich wieder etwas stärker anziehenden Preisen. Dahin wirkt — bei Ausbleiben entscheidender Wandlungen der internationalen Politik — auch die konjunkturelle Lage in den Vereinigten Staaten, die das wirtschaftliche Geschehen in der Welt mit ihrer Konjunktur entscheidend beeinflussen. Die Belebung des „Lagerzwischenzyklus“ ist hier in der Entfaltung gegenwärtig hinter der Entwicklung in Westdeutschland noch etwas zurückgeblieben.

Die konjunkturelle Lage der Vereinigten Staaten

In den vergangenen Monaten hat in den Vereinigten Staaten die steigende Rüstungsnachfrage bei gleichbleibender Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft die von der Verbraucherzurückhaltung ausgehenden Abschwächungstendenzen ausgeglichen. Der Index der industriellen Pro-

duktion, der in den Monaten April/Mai 1951 seinen bisherigen Höchststand mit 223 (1935/39 = 100) erreicht hatte, dann aber im Juli (zum großen Teil unter dem Einfluß von Betriebsferien in allen Zweigen der Industrie) auf 213 zurückgegangen war, hat sich in den Monaten

August, September und Oktober 1951 auf einem Stand von etwa 219 gehalten. Auch im Monat November dürfte keine nennenswerte Änderung des Produktionsniveaus zu verzeichnen gewesen sein. Wenn, wie die neuesten Nachrichten aus Washington vermuten lassen, das Tempo der Aufrüstung in den nächsten Monaten aus innen- und außenpolitischen Gründen eher reduziert als forciert wird, gewinnt für die konjunkturelle Entwicklung der Vereinigten Staaten in den nächsten Monaten vor allem die Gestaltung der Verbraucher-nachfrage ausschlaggebende Bedeutung.

Die Umsätze der Warenhäuser lagen in den Wochen von Mitte Oktober bis Mitte November 1951 mengenmäßig etwa auf dem Vorjahrsniveau. Die im Vergleich zu den Sommermonaten erfolgte Erhöhung der Warenhausumsätze dürfte symptomatisch für den, wenn auch vorerst nur schwachen konjunkturellen Aufstieg sein. Diese Aufschwungstendenzen werden unterstrichen durch die sehr optimistischen Erwartungen des Einzelhandels, die mit mengenmäßigen Umsatzsteigerungen im Weihnachtsgeschäft im Vergleich zum Vorjahr von 10 vH und mehr rechnen.

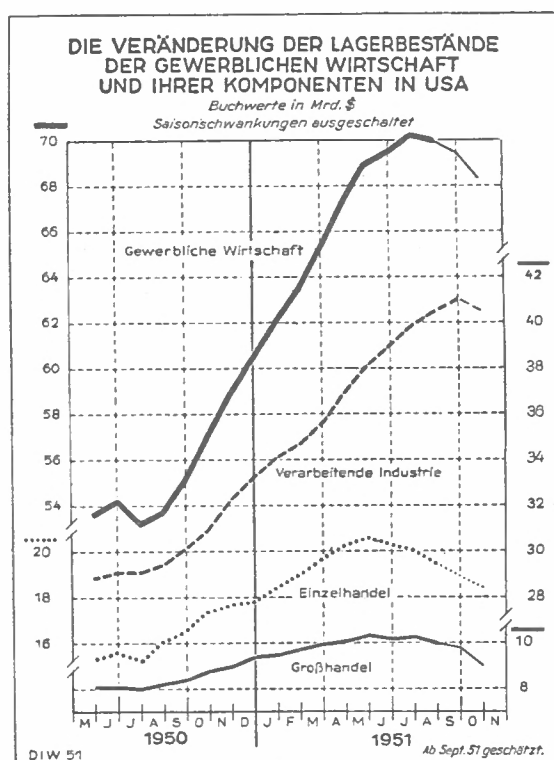
Entscheidend für die möglichen Rückwirkungen einer Nachfragebelebung auf das konjunkturelle Klima sind die Lagersituation einerseits und die tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten der Verbraucherindustrie andererseits.

Sozialprodukt und Lagerinvestitionen

Für die Frage der Beurteilung der Entwicklung der Konsumgüternachfrage sind zunächst die Zusammenhänge zwischen Höhe des Sozialproduktes und Lagerinvestitionen bedeutsam. Das Bruttosozialprodukt, das seit dem Beginn der Rüstungsanstrengungen bis einschließlich des zweiten Quartals 1951 (auf Jahresbasis) jeweils von Vierteljahr zu Vierteljahr absolut, wenn auch mit abnehmender Zuwachsrates gestiegen war, ist im dritten Quartal 1951 erstmalig wieder zurückgegangen. Bei wenig veränderten Verbraucherausgaben, leicht gestiegenen Investitionsausgaben der Privatwirtschaft und wachsenden Rüstungsausgaben dürfte der Rückgang in erster Linie auf einen Rückgang der Aufwendungen für Lagerinvestitionen zurückzuführen sein, die noch im zweiten Quartal 1951 wesentlich zu der Steigerung des Bruttosozialproduktes beigetragen hatten¹⁾.

Die Entwicklung der Lagerbestände im August bzw. September 1951, die letzten Monate, für die gegenwärtig Angaben vorliegen, spiegelt denn auch den Rückgang der Lagerinvestitionen wider. Die gesamten Lagerbestände der gewerblichen Wirtschaft waren bei gegenläufiger Bewegung der Lagerbestände der einzelnen Wirtschaftsstufen nach ihrem Höchststand im Juli 1951 (70,2 Mrd. \$) im August (70,0 Mrd. \$) allerdings noch kaum

gesunken. Die (freiwillige) Anreicherung der Lagerbestände der Rüstungsindustrien, die durch außer-konjunkturelle Momente verursacht ist, hat das Ausmaß der konjunkturell bedingten Liquidierung der Lagerbestände der Verbrauchsgüterindustrien verdeckt und die Zunahme der Lagerbestände der verarbeitenden Industrie im ganzen etwas länger anhalten lassen bzw. den Rückgang in den letzten Monaten milder gestaltet, als dies sonst der Fall gewesen wäre. Seit September dürfte die Abnahme der Lagerbestände des Groß- und Einzelhandels jedoch stark genug gewesen sein, um die Zunahme der Lagerbestände der verarbeitenden Industrie auszugleichen und die Lagerbestände der gesamten Wirtschaft eindeutig zu reduzieren.



Die erfolgte Liquidierung findet ihren Ausdruck in dem Verhältnis der Lagerbestände der Konsumgüter zu ihrem Umsatz. Die Lagerbestände sind im Vergleich zum Umsatz in den Wirtschaftsbereichen der verarbeitenden Industrie, des Groß- und Einzelhandels gegenüber der Zeit vor der Korea-Krise zwar noch immer beträchtlich überhöht, gegenüber dem Höchststand vom Juli 1951 jedoch gesunken. Für die kurzlebigen Verbrauchsgüter betrug die Relation der Lagerbestände zum Umsatz im August 1951 2,40 : 1 gegen 2,44 im Juli 1951 und 1,99 im Mai 1950. Bei den Gebrauchsgütern lagen die entsprechenden Verhältniszahlen bei 1,90 bzw. 2,07 und 1,48.

Die Angaben für 296 Warenhäuser zeigen eine ganz ähnliche Tendenz. Bei einem Stand von

¹⁾ Die aufgegliederten Angaben des Bruttosozialproduktes für das dritte Vierteljahr 1951 liegen noch nicht vor.

3,24:1 im September 1951 lagen die Lagerbestände noch wesentlich über dem Niveau von Mai 1950 (2,75), doch ist gegenüber Juli 1951 (4,16) und August 1951 (3,58) ein fühlbarer Rückgang zu verzeichnen.

Zieht man in diese Betrachtung auch noch die offenen Bestellungen der berichtenden Warenhäuser mit ein und vergleicht diese sowohl mit den Umsätzen wie mit den Lagerbeständen des Vorjahres, so ergeben sich gegenwärtig wesentlich niedrigere Sätze als im September 1950. Dieser Rückgang in dem Verhältnis der offenen Bestellungen zu Umsatz und Lagerbestand veranschaulicht die vorsichtige Einkaufspolitik des Handels im Sommer 1951 und berechtigt zu der Annahme, daß die Anpassung der Lager an das Umsatzniveau, jedenfalls auf der Stufe des Handels, in Kürze durchgeführt sein dürfte. Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Relation von Lagerbestand zu Umsatz bzw. offenen Bestellungen zu Lagerbestand keine konstante Größe ist, sondern weitgehend von den Absatz- und Preiserwartungen bestimmt wird.

Wenn auch der Lagerabbau der Konsumgüter bei der verarbeitenden Industrie mit dieser Entwicklung beim Handel nicht Schritt gehalten haben dürfte, so kann doch damit gerechnet werden, daß schon die Erwartung stabiler oder leicht steigender Umsätze den Groß- und Einzelhandel zu Eindeckungen veranlaßt, die bei der verarbeitenden Industrie neue Impulse auslösen.

Produktionsbeschränkungen

Auf der anderen Seite stehen die tatsächlichen Produktionsmöglichkeiten der Verbrauchsgüterindustrie. Für das erste Quartal 1952 sind von der National Production Authority erneute Beschränkungen für die Verarbeitung von Stahl, Kupfer und Aluminium für Konsumgüter erlassen worden. Bei den „less essential“-Gütern zum Beispiel ist eine Kürzung der Versorgung auf 50 vH bei Stahl, 10 vH bei Kupfer und 20 vH bei Aluminium des Verbrauchsniveaus in der Zeit vor der Korea-Krise vorgesehen. Das bedeutet gegenüber den bisherigen Kürzungen eine wesentliche Produktionsbegrenzung. Die Stahlindustrie meldet darüber hinaus beträchtliche Schwierigkeiten in der Schrottversorgung, die, wenn sie nicht überwunden werden, eine ernsthafte Beeinträchtigung der Stahlproduktion herbeiführen werden, die natürlich vor allem die Verbrauchsgüterindustrien zu spüren bekommen dürften. Bei stärkeren Nachfragestößen könnten also bei den Ver-

brauchsgütern, die von diesen Beschränkungen betroffen werden, Verknappungserscheinungen auftreten, obgleich beim gegenwärtigen Stand der Nachfrage noch ein mehr als ausreichendes Angebot zu verzeichnen ist. Bei Verbrauchsgütern, die nicht auf die Verarbeitung von Metallen angewiesen sind, insbesondere bei Textilien, sind dagegen irgendwelche Einschränkungen von der Versorgungsseite her nicht zu erwarten. Berücksichtigt man, daß die Produktionseinschränkungen der letzten Monate weniger durch Materialknappheit als durch den Nachfragerückgang bedingt wurden, so spricht im ganzen vieles dafür, daß bei gleichbleibender konjunktureller Grundtendenz preissteigernde Verknappungserscheinungen von der Angebotsseite her vorläufig kaum wirksam werden dürften.

Rüstungsausgaben und konjunkturelle Grundtendenz

So schwer diese konjunkturelle Grundtendenz bei dem gegenwärtigen Gewicht der politischen Faktoren auch zu beurteilen ist, so hat es im Augenblick doch den Anschein, daß von der Seite der persönlichen Einkommen her, deren ununterbrochener Anstieg in den Sommermonaten vorwiegend auf die erhöhten Einkommen im Rüstungssektor zurückzuführen war, zunächst kaum neue expandierende Tendenzen zu erwarten sind, sofern das Tempo der Rüstungsausgaben eingeschränkt wird, wie am Anfang des Berichtes angedeutet wurde. Das noch kürzlich auf etwa 7 Mrd. Dollar veranschlagte Haushaltsdefizit für das Etatjahr 1950/51¹⁾ dürfte nach den neuesten Schätzungen des Department of Commerce nur noch 4 Mrd. Dollar erreichen. Auf der anderen Seite liegen in der zweifellos anomalen Zurückhaltung der Verbraucher, die zu einer Ansammlung großer liquider Mittel in den Händen der Verbraucher und einer überhöhten Sparquote geführt hat, gewisse Möglichkeiten einer neuen stoßartigen Nachfragesteigerung sowohl von seiten der letzten Verbraucher als auch infolge einer neuen spekulativen Lageranreicherungswelle. Vermutlich wird es in den nächsten Monaten zu einer Normalisierung der Sparquote und damit zu einer spürbaren Erhöhung der Verbrauchsgüternachfrage auch ohne exogene Faktoren kommen. Eine inflatorische Übersteigerung wäre dann wahrscheinlich, wenn plötzliche und einschneidende Änderungen in den Preiserwartungen oder politische Vorgänge diesen Wandel beschleunigen und intensivieren.

¹⁾ Vgl. Wochenbericht vom 2. November 1951 „Die konjunkturelle Lage in den USA“.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6.

Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg. Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahnke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wissler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geranienstraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

— Hierzu 2 Zahlenbeilagen —

*) D = Gesamtdeutschland, DBR = Bundesrepublik Deutschland, VWG = Vereinigtes Wirtschaftsgebiet (DBR ohne französische Besatzungszone), SBZ = Sowjetische Besatzungszone, W-B = West-Berlin, O-B = Ost-Berlin, G-B = Groß-Berlin. — †) E = Monatsende, S = Monatssumme, TD = Tagesdurchschnitt. — *Kursive Zahlen*: Vorläufig oder geschätzt. — °) Berichtete Zahl.

¹⁾ Ohne Ausländer in IRO-Lagern. — ²⁾ Lebendgeborene. — ³⁾ Ohne Totgeborene. — ⁴⁾ Gesamtverkehr (Inlandverkehr einmal gezählt) einschl. Durchfuhrverkehr und Interzonenverkehr ohne bahneigenen Güterkraftverkehr. — ⁵⁾ D. h. Summe der ein- u. ausgeladenen Mengen unter Doppelzählung der Güter, die im Bundesgebiet sowohl ein- als auch ausgeladen werden. — ⁶⁾ Einschl. Durchgangsverkehr; Inlandverkehr nur einmal gezählt. — ⁷⁾ Einschl. Stadtschnellbahn und Obus. — ⁸⁾ Einschl. West-Berlin. — ⁹⁾ Volkszählung vom 13. 9. 50: DBR 47 696, W-B 2 147, O-B 1 190.

Soweit es sich nicht um Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung handelt, entstammen die Angaben folgenden Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden. — Statistisches Landesamt Berlin — Hauptamt für Statistik von Groß-Berlin (Ost).

¹⁾ Woche rechnet von Montag bis Sonntag. — ²⁾ Ohne Stromverbrauch der S-Bahn. — ³⁾ Allg. Aktienindex Frankfurt/M. (Börsenindex der F.A.Z.), freitags. — ⁴⁾ 30 Stammaktien, London („Financial Times“), freitags. — ⁵⁾ 365 Industrieaktien, New York (Standard and Poor's), mittwochs. — ⁶⁾ Stichtagsnotierungen. — ⁷⁾ Jeweils freitags. — ⁸⁾ „The Economist“, freitags. — ⁹⁾ Ab 2. 7. 51 werden die Kurse in vH des im Verhältnis 10:1 von RM auf DM umgestellten Nennwertes festgesetzt.